

Recycling hinkt teils hinter EU-Zielen her

Luxemburg. Der Europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge haben 2013 acht von 28 EU-Staaten eine oder mehrere der seit 2008 geltenden Recycling-Zielquoten der Brüsseler Verpackungsrichtlinie verfehlt. Den jüngsten Zahlen zufolge haben Polen und Malta den größten Nachholbedarf. Holzverpackungen ausgenommen, sind die Recycling- und Verwertungsquoten für Packmaterialien 2013 im Vergleich zum Vorjahr allerdings generell gestiegen. EU-weit fielen knapp 80 Mio. t Verpackungsabfall an, 155 kg pro Einwohner. Gut 32 Mio. t entfallen auf die Fraktion Papier/Pappe/Karton, jeweils 15 Mio. t auf Glas und Kunststoff, 4,5 Mio. t auf Metall. *cvh/lz 13-16*

Verpackungen immer in der ersten Reihe

Fulda. In den Kreis der Anbieter von Shelf-Ready-Lösungen zum Warenvorschub ist jetzt auch der britische Verpackungsriese DS Smith vorgestoßen. Das Konzept namens SalesFront befördert Faltschachteln, Flaschen, Beutel und Dosen mittels eines laut Hersteller lebensmittelechten sowie vollständig recycelbaren Gummibandes nach vorn. *cvh/lz 13-16*



Der Nächste, bitte: Ein integriertes Gummiband zieht Nachschub auf Pole Position.

Tegut implementiert Energiemanagement

Fulda. Die Migros-Tochter Tegut hat 122 ihrer rund 280 Supermärkte vom TÜV Süd nach der Norm DIN EN ISO 50001 zertifizieren lassen und so ein Energiemanagement implementiert. Künftig führt ein unabhängiger Zertifizierer jährlich in allen Filialen interne und externe Prüfungen durch. Aus jedem Tegut-Markt berichtet ein ausgebildeter Energiebeauftragter an die Zentrale in Fulda. Der Spezialist soll Mitarbeiter motivieren, unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden und auf Einsparmöglichkeiten hinweisen. Tegut will fortan alle neuen oder runderneuerten Märkte nur noch mit Abwärme aus der Kühltchnik heizen. Unternehmensangaben zufolge wurde der Marburger Markt im Herbst 2015 als bundesweit erster und einziger klimafreundlicher Supermarkt mit dem Blauen Engel ausgezeichnet. *cvh/lz 13-16*

Primärrohstoffpreise bremsen Recycler aus

Frankfurt. Nach Erhebungen des Branchenverbands Bvse hat sich das Umsatzwachstum in der Sekundärrohstoff- und Recyclingbranche 2015 von 3 Prozent (2014) auf 2 Prozent verlangsamt. Im laufenden Jahr erwartet der Bvse einen weiteren Rückgang auf „maximal 1 Prozent“. Die Ursachen dafür seien der Rückgang der Preise für Primärrohstoffe wie Erdöl, Erz oder Industriemetalle sowie eine Reihe kostentreibender und bürokratiefördernder Verschärfungen des Abfallrechts. Der Bvse hat aktuell 840 überwiegend mittelständische Mitglieder, die mit 50 000 Beschäftigten einen jährlichen Umsatz von etwa 10 Mrd. Euro erwirtschaften. *hdw/lz 13-16*

Offenes Ohr für Wünsche der FMCG-Industrie

Papier- und Kartonproduzent Sappi will innovative Packaging-Lösungen stärker auf Bedürfnisse der Konsumgüterindustrie ausrichten

Alfeld. Orientiert am Wandel des Papiermarkts erweitert der aus Südafrika stammende Hersteller Sappi seine Sparte Spezialpapiere für Verpackungen. Innovationen werden künftig mit der Markenindustrie abgestimmt und verstärkt mit Funktionalitäten ausgestattet.

„Die Nachfrage nach grafischen Papieren nimmt ab. Gleichzeitig wächst der Bedarf für einseitig beschichtete Spezialpapiere und Kartons für Einsatzbereiche wie Verpackungen“, beschreibt Marketingmanager Ingo Kaiser den Markt. Mit Blick auf diese Großwetterlage will Sappi die Spezialpapier-Quote im Produktprogramm – aktuell 15 Prozent – „deutlich“ steigern.

Dabei spielt der Standort Alfeld bei Hannover eine Schlüsselrolle. Nach Investition von 60 Mio. Euro wurde das Werk zu einem Kompetenzzentrum, das keine grafischen Papiere mehr fertigt. Fünf große Maschinen stellen jährlich 270 000 t Papier mit Grammaturen zwischen 50 g und 140 g/qm her. Der überwiegende Teil des Outputs entfällt auf Papier für flexible Verpackungen von Kaffee, Tee oder Schokolade. Hinzu kommen Etikettenpapiere, Liner zur Applikation auf Wellpappe für Displays oder Smartphone-Hüllen sowie Material für rigide Verpackungen wie Faltschachteln für Food- und Nonfoodprodukte. Einen kleineren Teil des Outputs bilden Release Liners für Klebeanwendungen sowie technische Spezialpapiere. Die verarbeiteten Hölzer und Zellstofffasern sind, wie Kaiser betont, gemäß den Standards FSC und PEFC zertifiziert, die die Herkunft aus nachhaltiger Forstwirtschaft gewährleisten.



Kompetenzzentrum: In Alfeld produziert Sappi mit fünf großen Maschinen Spezialpapier.

„Die Kunden wollen Nachhaltigkeit, aber ohne großen Preisaufschlag. Daher ist Kostenreduktion ein zentraler Innovationstreiber in der Branche“, weiß Kaisers Kollegin Kerstin Dietze. In Alfeld stehe „Materialeinsparung ohne Qualitätseinbuße“ im Fokus. So sollen FMCG-Verpackungen aus Sicht der Markenartikelindustrie „noch leichter und obendrein noch besser recyclebar“ werden, gleichzeitig sollen sich jedoch – etwa aufgrund innovativer Barriere-lösungen – die Haltbarkeit und der Schutz der Füllgüter weiter verbessern.

Darüber hinaus zollt die Branche dem Trend zur Individualisierung Respekt. Dieser manifestiert sich zum einen in kleineren Haushalts- und damit kleineren Verpackungsgrößen, zum anderen auch darin, dass die abpackende Industrie zunehmend Wert auf maßgefertigte Lösungen legt, auch in kleine-

ren Auflagen. „Letzteres verschafft dem Digitaldruck weiter Auftrieb“, unterstreicht Expertin Dietze, die vor ihrem Wechsel zu Sappi unter anderem bei Unilever für die Koordination von Verpackungen zuständig war.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Belastung der Weltmeere mit erdölbasierten Kunststoffabfällen will Sappi sich im Marktsegment Spezialpapiere strategisch künftig verstärkt als innovativer, global aktiver Anbieter nachhaltiger Verpackungslösungen mit Premium-Anspruch profilieren. Dabei hat das Unternehmen insbesondere vor, den Dialog mit Endanwendern zu suchen und zu pflegen. „Wir wollen großen Markenartiklern signalisieren, ihre Anliegen wahrgenommen und verstanden zu haben“, sagt Ingo Kaiser.

Auf konkrete Anforderungen der FMCG-Industrie zugeschnittene Kon-

zepte werden von Spezialisten in Teamarbeit angegangen. Bei rein internen Lösungen bündeln Sappi-Fachleute der Bereiche Marketing, Vertrieb, F&E und Technischer Service ihre Expertise. Legt ein Kundenwunsch dies nahe, schmiedet das Unternehmen auch strategische Allianzen.

Einige Projekte sind bereits abgeschlossen. 2015 hat Sappi einen Premium-Faltschachtelkarton zum Umhüllen hochwertiger Kosmetik oder Spirituosen entwickelt. Eine Kooperation mit dem Biokunststoff-Spezialisten Innovia Films brachte eine gartenkompostierbare Laminatlösung für umweltfreundliche Packaging-Lösungen hervor. Gemeinsam mit dem Chemie-Riesen BASF entwickelten die Alfelder eine nach eigenen Angaben mindestens 15 Monate wirksame Barriere-lösung gegen Mineralölmigration. „Papier, das wir kundenorientiert mit Funktionalitäten ausstatten, ist künftig eine unserer Kernkompetenzen“, bekräftigt Ingo Kaiser. *hdw/lz 13-16*

Sappi im Profil

Erfolgszahlen 2015: Gesamtumsatz 5,39 Mrd. US-Dollar, davon 2,66 Mrd. in Europa; Ebitda 625 Mio. USD, Operativer Gewinn 357 Mio. USD.

Produktion: 16 Papier- und Zellulosewerke in Südafrika (6), Europa (7) und Nordamerika (3); Kapazität Papier: 5,6 Mio. t/Jahr. Anteil Spezialpapier u.a. für Verpackungen: 15 Prozent.

Stützpfeiler einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft

Duale Systeme setzen Pflichten von Industrie und Handel am besten um – Verstaatlichung ist keine Alternative/ Von Dr. Fritz Flanderka

Frankfurt. Befürworter der Rekommunalisierung der Wertstoffsammlung negieren die unbestreitbaren Erfolge des wettbewerblichen dualen Systems. Gleichzeitig bleiben sie Antworten auf zentrale Fragen eines Systemwechsels schuldig. Vor allem eine alternative öffentlich-rechtliche Finanzierung stünde vor hohen rechtlichen und praktischen Hürden.

Kommunalverbände, Teile der privaten Entsorgungswirtschaft und eine Reihe „grün“ beeinflusster Landesregierungen fordern die Abschaffung der dualen Systeme sowie die Übertragung der Systemhoheit über die erweiterte Wertstoffsammlung und -verwertung auf öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger. Unter der Flagge „Gemini“ bündelt diese Interessengruppe ihre Lobbyarbeit, die mit dem Bundesratsvotum pro Rekommunalisierung Ende Januar einen parlamentarischen Höhepunkt erreicht hat. Allerdings geben die Akteure keine Antworten auf wichtige Fragen, und ihr negatives Bild von den dualen Systemen wird deren Leistung überhaupt nicht gerecht. Ganz außen vor bleibt, wer künftig anstelle der Systembetreiber die Umsetzung der Produktverantwortung gewährleisten oder Bündelfunktionen beim Recycling übernehmen soll. Nicht oder unzureichend geklärt sind zudem alle Fragen bezüglich einer alternativen Finanzierung – in Form einer bundesweiten Abgabe, Steuer oder Gebühr.

Alle Novellen der VerpackVO hatten mehr oder weniger Reparatur-Charakter. Mit dem Entwurf zum Wertstoffgesetz versucht der Gesetzgeber erstmals eine strukturellen Neuanfang. Angesichts der Reichweite des Projekts kommt die Debatte über die Organisationsverantwortung nicht überraschend.

Das Umsetzen der Produktverantwortung war und ist in Teilen immer noch rechtliches Neuland, ein gewisses

Maß an Unsicherheit daher normal. Vor gut zehn Jahren war nicht zu erwarten, dass der Weg vom DSD-Monopol zum Wettbewerbsmarkt reibungslos verlaufen würde. Doch trotz aller krisenhaften Zuspitzungen kann nicht wegdiskutiert werden, dass die Systemkosten um über 50 Prozent gesunken sind. Dies wird in der Diskussion gerne unterschlagen und von der verpflichteten Wirtschaft inzwischen als selbstverständlich erachtet.

Außen vor bleibt meist auch, dass alle Verpackungen sammelnden Entsorger von den dualen Systemen immer voll bezahlt wurden, inklusive der 128 Mio. Euro Nebenentgelte für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger. Vor diesem Hintergrund drängt sich der Eindruck auf, dass die Gemini-Initiative in Wahrheit und im eigenen Interesse eine Einschränkung des Wettbewerbs anstrebt und die Forderung nach Abschaffung der dualen Systeme dies kaschieren soll.

Die Grundzüge der Produktverantwortung sind im Kreislaufwirtschaftsgesetz verankert. Dieses formuliert die Pflicht der Wirtschaft zur Einrichtung und Beteiligung an Rücknahmesystemen. Denn zum Umsetzen der Produktverantwortung bei Massengütern des täglichen Gebrauchs bedarf es einer Einrichtung, die die Individualpflichten der Unternehmen bündelt, steuert und für die Pflichterfüllung rechtlich einsteht. All dies ist Kernaufgabe der dualen Systeme, konkretisiert in der Verpackungsverordnung sowie dem BMUB-Entwurf zum Wertstoffgesetz.

Kommen die dualen Systeme ihren Aufgaben nicht oder mangelhaft nach, fallen die Rücknahme- und Verwertungspflichten wieder auf die originär Produktverantwortlichen zurück. Dies erklärt das Interesse des Handels, bestimmte duale Systemen in der Krise des Jahres 2014 finanziell zu stützen.

Eine öffentlich-rechtliche Abgabe,

STANDPUNKT

Fritz Flanderka leitet im Vorstand der **Reclay Holding**, Köln, die Bereiche Recht, Compliance, Human Resources sowie Kommunikation & Marketing. Er ist zudem Hauptautor des Standardkommentars zur Verpackungsverordnung. Gastbeiträge wie dieser geben nicht zwingend die Position der LZ-Redaktion wieder.



Gebühr oder Steuer würde die umfassende Produktverantwortung auf eine Finanzierungsverantwortung verkürzen. Zudem könnten die Verpflichteten nicht mehr auf die Höhe der Gebühren Einfluss nehmen. Derlei Abgaben widersprechen den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Gegen die öffentlich-rechtliche Finanzierung sprechen auch praktische Argumente. Selbst wenn derartige Abgaben, Steuern oder Gebühren verfassungsrechtlich zulässig wären – was umstritten ist – stünden sie gemäß der Finanzverfassung des Grundgesetzes den Bundesländern zu. Infolgedessen würden davon auch nicht die von der Gemini-Initiative favorisierten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger profitieren. Ob die Länder diese Einnahmen vollständig und gerecht an die Kreise und Gemeinden weiterleiten würden, ist zumindest fraglich.

Viel Vergnügen ist den Anhängern einer öffentlich-rechtlichen Finanzierungslösung auch beim Festlegen rechtssicherer Bemessungsgrundlagen und beim Durchsetzen solcher Ansprüche insbesondere im Ausland zu wünschen. Ein Großteil der stoffgleichen Nichtverpackungen, die künftig gesammelt werden sollen, sind überwiegend aus Fern-

ost importierte Nonfood-Produkte. Wer vorgibt, in diesem Fall das zentrale Trittbrettfahrer-Problem durch Abgaben, Gebühren oder Steuern lösen zu können, bewegt sich fernab der Realität.

Gegen duale Systeme werden oft auch deren angeblich viel zu hohe Administrationskosten ins Feld geführt und mit abenteuerlichen Schätzungen untermauert. Allerdings verschweigen diese Kritiker bewusst, welche Kosten mit dem Aufbau einer neuen Bundesbehörde verbunden wären. Ohne Antwort bleibt zudem die Frage, wann eine solche öffentliche Instanz einsatzfähig wäre. Die Behauptung, dies könne kurzfristig geschehen, ist einmal mehr unrealistisch.

Die Fragen, die mit Forderungen nach Abschaffung der dualen Systeme einhergehen, können hier nur schlaglichtartig erörtert werden. Es ist auch zuzugestehen, dass die dualen Systeme in den vergangenen Jahren ihr Image durch ihr Verhalten und ihre Öffentlichkeitsarbeit nicht immer optimal gepflegt haben. Gleichwohl kommt ihnen sowohl bei der Umsetzung der Produktverantwortung als auch bei der Durchführung eines hochwertigen Recyclings eine zentrale Rolle zu. Eine vollständige Rückverstaatlichung in Verbindung mit öffentlich-rechtlichen Finanzierungsinstrumenten ist jedenfalls keine geeignete Alternative. *lz 13-16*